

Electronic Commerce

Markt wie aus dem Lehrbuch

Vollkommene Märkte gibt es nur in Lehrbüchern: solche mit freiem Zugang und vielen gleich starken Marktteilnehmern ohne Präferenzen füreinander, die bei völliger Transparenz ohne Zeitverlust agieren und reagieren. Dieser Modellvorstellung kommt der elektronische Handel im Internet allerdings erstaunlich nahe.

Trotz weltweiter Ausdehnung funktioniert das Netz wie ein Punktmarkt: Suchmaschinen sorgen für Transparenz, Handlungsmöglichkeiten ohne Zeitverlust für Anbieter und Nachfrager sind gegeben, es gibt keine unüberwindlichen technischen, rechtlichen oder wirtschaftlichen Zugangsbedingungen, und die Marktmacht wird nahezu perfekt kontrolliert durch Wettbewerb. Im Vergleich mit herkömmlichen Vertriebsformen gilt für den elektronischen Handel im Internet: Die Karten werden neu verteilt.

Das bis zum Jahr 2000 erreichbare Volumen des Electronic Commerce wird auf 100 Milliarden Dollar geschätzt, manchmal auch auf ein Mehrfaches davon. Wer ein Stück von diesem Kuchen will, muß sich auf die Bedingungen des Netzes einstellen: Die Preise sind weltweit transparent, der Investitionsaufwand für einen Eintritt in den elektronischen Markt ist sehr gering. Pioniere haben sehr viel bessere Chancen als Nachzügler. Produzenten treten neben Händlern auf und verschaffen sich so Spielräume für Preissenkungen.

Der elektronische Handel wird die Marktposition auch derjenigen verändern, die nicht daran teilnehmen. Die Internationale Handelskammer (ICC) in Paris hat Richtlinien dazu veröffentlicht (Guide: general usage in international digitally ensured commerce). Die OECD hat sich vorgenommen, Barrieren abzubauen zu helfen, die den elektronischen Handel noch behindern (die Fachkonferenz in Turku hatte immerhin 400 Teilnehmer), der »Sacher-Report« zeichnet ein optimistisches Bild der aktuellen Lage und der Aussichten für die weitere Entwicklung. Die Generaldirektion II der Europäischen Kommission hat eine Arbeitsgruppe für Finanzfragen ins Leben gerufen. Ihre Aufgabe ist es, Pilotprojekte und das G7-Projekt »Ein globaler Marktplatz für KMU« zu begleiten. Die Bundesregierung hat eine Initiative »Elektronischer Geschäftsverkehr« gestartet (darunter wird verstanden: jede Art geschäftlicher Transaktion, bei der die Beteiligten auf elektronischem Wege Geschäfte anbahnen und abwickeln oder elektronischen Handel mit Gütern und Dienstleistungen betreiben). Die grenzenlosen Netze werden zum elektronischen Marktplatz und zum Markt der »kommenden Generationen«. Ob sie wirklich vollkommen sind, die neuen Märkte, sei dahingestellt – willkommen sind sie allemal.

Welthandelsorganisation (WTO)

Liberalisierung von Finanzdienstleistungen

Sechs Jahre dauerten die Bemühungen, und der Ausgang war offen bis zum Schluß. Im Dezember einigten sich Delegationen aus 70 Ländern, die dem (aus der Uruguay-Runde von 1993 stammenden) Allgemeinen Abkommen über Dienstleistungen (GATS) beigetreten sind, auf eine Liberalisierung des Handels mit Finanzdienstleistungen. Sie repräsentieren 95 % des einschlägigen Weltmarktes. Darüber hinaus soll der erreichte Liberalisierungsgrad völkerrechtlich festgeschrieben werden. Im Wege der Meistbegünstigung werden den abwesenden GATS-Mitgliedern die selben Rechte eingeräumt wie den Unterzeichnern.

Die Erleichterung über den Erfolg kann allerdings die Tatsache nicht überdecken, daß dieses Abkommen im Vergleich mit den Regelwerken für die OECD sowie für die EU die unterste Schwelle darstellt (ein kompliziertes Konglomerat unterschiedlicher nationaler Verpflichtungen). Die Liberalisierung nützt am meisten den Entwicklungsländern im Verhältnis zu OECD-Mitgliedern sowie untereinander. Die Liberalisierungsbestrebungen sind nicht am Ziel. Für die weitere Entwicklung ist zur Sicherung des einmal Erreichten ein »Sperrhakeneffekt« eingebaut: Die Regeln können jederzeit verbessert, nicht aber verschlechtert werden.

APEC-Gipfeltreffen

Rückschläge

Die vierte Gipfelkonferenz der 18 APEC-Staaten (der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft) in Vancouver, Kanada, war geprägt von Rückschlägen und fehlenden Impulsen für die Zukunft. Die Währungsturbulenzen im asiatischen Raum machten sich bemerkbar, die ohnedies lahmende japanische Konjunktur kam hinzu, und die leeren Hände des amerikanischen Präsidenten, was die Vollmacht für internationale Handelsabkommen angeht, entzogen der Hoffnung auf die Realisierung einer Freihandelszone bis zum Jahr 2010 (für die Industrieländer der Gemeinschaft, Entwicklungsländer bis 2020) die Grundlage.

Der Verlauf der Konferenz zeigte die vielen Gesichter der Liberalisierung: Zollsenkung für alle Güter oder für bestimmte Sektoren der Außenwirtschaft, wenn ja, für welche Sektoren, Meistbegünstigung oder mitgliederbezogene Regelungen? Beschlossen wurden am Ende Zollsenkungen in neun Branchen – auf freiwilliger Basis. Derzeit jedenfalls scheint die Gemeinschaft mehr von gutem Willen als von Taten zusammengehalten zu werden – das ist zu wenig bei einem Welthandelsanteil von mehr als 50 %.

Deutschland

Leistungsbilanz

Besser, aber noch nicht gut

Die grenzüberschreitenden Warenströme bescheren Deutschland traditionell hohe Handelsbilanzüberschüsse, bei den Dienstleistungen und den Übertragungen dagegen sieht die Lage traditionell schlecht aus.

Der Außenhandelsüberschuß dürfte im abgelaufenen Jahr 130 Mrd. DM überschritten haben – so viel wie im Rekordjahr 1989. Die Exportquote (der Anteil der Ausfuhren am Bruttoinlandsprodukt) hat damit rund 25 % betragen. Die positive Entwicklung hat sicherlich mehrere Ursachen: Die gute Weltkonjunktur liefert sozusagen den Grundtrend der Aufwärtsbewegung, der auch die EU erfaßt hat, das wichtigste Absatzgebiet für deutsche Ausfuhren. Die Stärkung der deutschen Wettbewerbsposition beruht einerseits auf der Abwertung der D-Mark – der reale Außenwert sank in den letzten beiden Jahren um rund 10 %, der Kursverlust gegenüber dem Dollar betrug sogar 20 % –, andererseits auf der Senkung der Lohnstückkosten, ausgelöst durch Rationalisierungserfolge und moderate Tarifierhöhungen.

Der Saldo bei den Dienstleistungen hat voraussichtlich ein Minus von 60 Mrd. DM erreicht. Hauptsächlich verantwortlich dafür sind mit rund 53 Mrd. DM die Auslandsreisen der Deutschen, denen deutlich weniger Fremdenverkehr in Deutschland gegenüber steht.

Der erwartete Fehlbetrag in der Bilanz der Übertragungen von 57 Mrd. DM wird zum größten Teil verursacht durch Zahlungen an internationale Organisationen, vor allem an die EU. Einen weiteren bedeutenden Posten stellen die Transferzahlungen ausländischer Arbeitnehmer in ihre Heimatländer dar.

Die grenzüberschreitend erzielten Erwerbs- und Vermögenseinkommen sind mit schätzungsweise 13 Mrd. DM ins Minus geraten, nachdem sie jahrzehntelang positive Beiträge lieferten. Der Effekt beruht überwiegend auf Zinszahlungen für ausländische Investitionen im Inland, nicht zuletzt im Zeichen des Aufbaus Ost. Hier macht sich sozusagen unterm Strich negativ bemerkbar, was überm Strich (beim Anwerben ausländischen Kapitals) gewollt, ja notwendig war und ist.

Die Leistungsbilanz dürfte gerade ausgeglichen sein, immerhin waren es 1996 noch knapp 20 Mrd. Minus und 1995 sogar knapp 34 Mrd. DM – sie ist damit besser geworden als zuletzt im Herbst erwartet, aber noch nicht gut.

Rentenversicherung

Anpassung tut not

Das deutsche Rentenversicherungssystem ist gekennzeichnet durch staatlichen Zwang, durch ein Umlageverfahren, bei dem aus Beiträgen ohne zinsbringende Verweildauer im System Rentenzahlungen werden, durch die Bindung der Rentenhöhe an die Einkommensentwicklung und durch die politisch gewollte Imparität von

versicherungs-fremden Leistungen ohne Gegenleistung. Dieses System muß reformiert werden, es ist weder weiterhin national finanzierbar noch international konkurrenzfähig. Die Deutsche Bundesbank hat jedenfalls ein (aus Jahrgangsbilanzen der Bürger mit dem Staat bestehendes) neues Zahlenwerk entwickelt, genannt: Generational Accounting, das zeigen soll, was passieren wird, wenn nichts passiert.

Der für 1998 angekündigte Beitragssatz von 21 % ist ein gut sichtbarer Indikator für die tatsächliche Lage, die, wenn nichts geschieht, über Jahrzehnte hinweg immer schlechter werden wird. Die Signalwirkung dieser Prozentzahl wäre als positiv zu bewerten, wenn die notwendigen Reformen wenigstens so weit vorangekommen wären, daß der Beitragssatz konstant gehalten werden könnte. Die gefundene Lösung dagegen verschiebt das Problem nur: Das fehlende Geld wird den Arbeitnehmern nun statt in den Betrieben erst in den Läden aus der Tasche gezogen. Dabei zeigt das Beispiel Japans, wie nachteilig eine Mehrwertsteuererhöhung auf das zarte Knöpfchen Konjunkturerholung wirken kann.

Würden die in den Rentenversicherungssystemen »versteckten Staatsschulden« in die Berechnung der Haushaltsdefizite als Kriterium für den Beitritt zur Europäischen Währungsunion berücksichtigt, so rechnete kürzlich das ifo Institut für Wirtschaftsforschung vor, dann ergäbe sich für Deutschland allein daraus ein (abgezinst) Wert von 62 % des Bruttoinlandsprodukts, und das bei einer Höchstgrenze von 60 % für alle Schulden – ein Sprengsatz für die EWWU, wie das Handelsblatt findet. Ein Sprengsatz auch für den Standort Deutschland mit seinen viel zu hohen Lohnnebenkosten.

Europäische Union

Erweiterung

Gedränge ante portas

Zehn osteuropäische Reformstaaten wollen über ihre EU-Beitritte verhandeln, hinzu kommt Zypern. Die EU hat sich nach zähem Ringen entschlossen, zunächst mit fünf Reformstaaten und mit Zypern zu verhandeln. Die übrigen fünf sollen weiterhin an die Beitrittsreife herangeführt werden. Die Aufnahme der Türkei bleibt auf unbestimmte Zeit verschoben. Alle Bewerber sollen zu einer Europa-Konferenz eingeladen werden, also mindestens mit der EU im Gespräch bleiben.

Die Entscheidung der EU hat zu Enttäuschung im Osten und zu Empörung in der Türkei geführt, wobei die türkischen Interessen in Zypern den Streit verschärfen. Die EU hat jedoch unmißverständlich klargemacht, daß zu den Werten, die alle EU-Staaten zu teilen haben, die Achtung der Menschen-, zumal der Minderheitenrechte, das Halten guter Nachbarschaft und die Unterwerfung unter die Schiedsgerichtsbarkeit des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag gehören.

Die verbleibende Aufgabe ist groß genug. Noch nie sind so viele Staaten gleichzeitig beigetreten. Die Funktionsfähigkeit der Gemeinschaft macht Reformen ihrer

Organe und ihrer wichtigsten Entscheidungsprozesse zwingend nötig, und diese Reformen stehen noch aus. Auch die finanziellen Implikationen sind nicht überschaubar, weder deren Volumen, noch die Verteilung der Lasten und der Nutzen. Die Einführung des EURO und damit der Europäischen Währungsunion schließlich wird zu Verwerfungslinien innerhalb der bestehenden EU führen und damit die Funktionsfähigkeit eher beeinträchtigen als fördern. Die Gegensätze entstehen nicht nur im Verhältnis der Mitglieder der EURO-Zone zu den übrigen EU-Mitgliedern, sondern auch durch nationale Egoismen.

Mittelstandsförderung

Rechnungshof stellt Mängel fest

Die Mittel für die Strukturverbesserung machen den zweitgrößten Einzeletat der EU aus. Die Förderung des Mittelstandes ist erklärtes Ziel der Binnenmarktpolitik. Der Europäische Rechnungshof weist in seinem jüngsten Jahresbericht jedoch darauf hin, daß die Mittel weitgehend an den KMU vorbeifließen – sowohl die in Brüssel verteilten als auch die an die Mitgliedstaaten durchgereichten. Bemängelt werden nicht nur die statistischen Ergebnisse, sondern auch konkrete Verfahren:

Es gibt kein offizielles Verzeichnis aller EU-Programme. Die Schwierigkeiten der Informationsbeschaffung und der Antragstellung führen dazu, daß vielfach Consultingdienste in Anspruch genommen werden müssen, die den Nutzen der Mittel schmälern. Unternehmen werden nach überholten Definitionen als KMU behandelt, ohne es zu sein. Die Mittel, die an die Mitgliedstaaten fließen, sind oft nicht an die Mittelstandsförderung gebunden und werden deshalb zur Entlastung nationaler Etatposten verwendet (sog. Refinanzierung, in Deutschland etwa im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe oder von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen).

Ähnlich undurchsichtig ist die Praxis der EU-Forschungsförderung. Trotz Einbindung in ein Rahmenprogramm gelten in den Einzelprogrammen vielfach unterschiedliche Verfahren, die immer wieder neu studiert werden müssen, so daß gerade KMU kaum Erfahrungen sammeln können, die bei weiteren Antragstellungen von Nutzen wären.

Regionalförderung

EU fordert Verminderung

Zur Zeit gelangen 46,7 % der EU-Bürger in den Genuß von Mitteln der Regionalförderung. Eine Leitlinie zur Verminderung der Regionalförderung in den Jahren 2000 bis 2006 sieht vor, daß nur noch die ärmsten Gebiete gefördert werden sollen, entsprechend 42,7 % der Bevölkerung. Die national als Fördergebiete ausgewiesenen Regionen sind überdies nicht deckungsgleich mit der Klassifizierung des EU-Strukturfonds. Das soll geändert werden. Als auffällig hoben die Brüsseler Wettbewerbs-hüter hervor, daß 85 % der Mittel der EU-Regionalförderung in den vier reichsten

Mitgliedstaaten eingesetzt werden, während die vier ärmsten sich in 8,3 % der Mittel teilen müssen.

Ein erstes Ergebnis des EU-Beschäftigungsgipfels ist in dem Bemühen zu erkennen, bei der Regionalförderung mehr auf Beschäftigungswirkung zu achten, ein erstes Ergebnis der Kritik des Europäischen Rechnungshofes an der Fehlleitung von Fördergeldern in der Forderung, daß öffentlich geförderte Arbeitsplätze mindestens fünf Jahre erhalten bleiben müssen. Außerdem soll die Förderintensität gestaffelt werden.

EU und WTO

Weitere Öffnung gefordert

Die Welthandelsorganisation (WTO) hat als Fernziel eine freie Weltwirtschaft vor Augen: ohne Zölle und nichttarifäre Handelshemmnisse. Die bestehenden Freihandelszonen sind nach innen den WTO-Regelwerken vielfach voraus, nach außen aber in unterschiedlichem Maße abgeschottet und werden deshalb von der WTO kritisch beobachtet. Der EU bescheinigte die WTO insgesamt zwar Fortschritte bei der Öffnung des Binnenmarktes, verwies aber zugleich auf die nach wie vor hohen Schutzmauern um viele Agrarprodukte sowie Textilien, Autos und Produkte der Unterhaltungselektronik.

Obwohl die Wirtschaftsförderung keine europäische Spezialität ist, wurde bemerkt, daß allein 100 Mrd. Ecu an direkten Regierungsbeihilfen flossen, nicht gerechnet die Gemeinschaftsmittel sowie lokale Anreize. Ohne die Wirkungen im einzelnen darzustellen, wies die WTO auf die Tatsache hin, daß die Europäer den größten Teil ihres nationalen Außenhandels mit den Partnerländern abwickeln (Orientierung nach innen genannt) – deutlich mehr als vor zehn Jahren. Hierin kommt die Schutzwirkung als ganze zum Ausdruck.

Amerika

USA

Bestauntes Wachstum

Die robuste amerikanische Konjunktur, Wachstumsmotor und Job-Maschine zugleich, könnte noch bis zum Jahr 2000 anhalten. 1997 dürfte das Wachstum mehr als 3,5 % betragen haben, die Inflationsrate etwa 2,6 %. Die Arbeitslosenquote dürfte bei 5 % angekommen sein. Die Haushaltsdefizite der Vergangenheit werden weiter kräftig abgebaut. Daß es den Amerikanern im Durchschnitt gut geht, heißt aber nicht, daß es ihnen nicht noch besser gehen könnte. Und genau diese Möglichkeit sehen offenbar viele Abgeordnete als gegeben an, die dem amerikanischen Präsidenten die sogenannte *Fast-track authority* verweigern: das Recht, Außenhandelsabkommen abzuschließen, die vom Parlament nur angenommen oder abgelehnt, nicht aber modifiziert werden können.

Hintergrund des Mißtrauens ist die ambivalente Einstellung zur NAFTA, die nach Einschätzung vieler Amerikaner Mexiko als Billiglohnland begünstigt und die USA benachteiligt. Auch der Verdacht, daß die (mit hohen Kosten verbundenen) amerikanischen Umweltnormen in Mexiko nicht eingehalten werden, hält sich. Die Vision des Präsidenten von einer panamerikanischen Freihandelszone wird wegen der befürchteten »Jobkiller«-Qualitäten von vielen Abgeordneten und Senatoren nicht geteilt. Auch ohne diese Bedenken ist der Weg dahin noch weit.

Mexiko

Abkommen mit der EU

Mexiko und die EU unterzeichneten ein Abkommen über engere politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit, das zur Mutter weiterer Abkommen, insbesondere solcher zur Zollsenkung, werden soll. Ein herausragendes Ziel ist die Schaffung einer Freihandelszone. Daneben sollen der Fremdenverkehr, der Umweltschutz und der Kampf gegen den internationalen Drogenhandel Themen weiterer Verhandlungen werden. Für Mexiko stellt das Abkommen einen Versuch dar, die einseitige Ausrichtung auf den amerikanischen Markt zu mildern, für die EU, die Beziehungen zur NAFTA über Mexiko als Eintrittsmarkt zu verbessern.

Guatemala

Oligarchenidylle

Mit 1200 \$ Pro-Kopf-Einkommen gilt Guatemala nicht mehr als arm. Mit einer (offiziellen) Arbeitslosenquote von unter 6 % kann die guatemaltekeische Wirtschaft fast Vollbeschäftigung vorweisen. Leider liefern diese statistischen Daten keinen Hinweis auf die tatsächlichen Lebensverhältnisse.

Arbeitslos sind nach realistischen Schätzungen etwa 50 % der Erwerbsbevölkerung. Jeder zweite Guatemalteke lebt unter der Armutsgrenze (die Weltbank schätzt, daß mehr als 53 % der Bewohner weniger als das Kaufkraftäquivalent von einem US-Dollar pro Tag zur Verfügung haben). Die Armut trifft insbesondere die Indios. Umgekehrt teilen sich 2 % der Landeigentümer 60 % der Agrarfläche und beherrschen als Oligarchie der Finca-Besitzer Staat und Wirtschaft. Die Dominanz der Landwirtschaft, darunter insbesondere der Kaffeeanbau, machen das Land überdies abhängig von der Natur und den Schwankungen der Rohstoffpreise. Als Nachbarland Mexikos leidet die Wirtschaft Guatemalas seit deren Gründung unter der NAFTA, der es – im Unterschied zu Mexiko – nicht angehört.

Einen friedlichen Wandel herbeizuführen, ist nicht einfach. Die monokulturelle Ausrichtung der Landwirtschaft wird gemildert durch Diversifizierung (Blumen, Gewürze). Die übrigen Wirtschaftszweige werden nach Möglichkeit gestärkt. Im Textilbereich etwa wird Lohnveredelung betrieben. Der Aufbau eines leistungsfähigen Mittelstandes krankt am Geldmangel, der zu überhöhten Zinsen führt. Das

Erdöl kann im eigenen Land nicht raffiniert werden, wird deshalb als Rohöl ex- und als teurer Treibstoff wieder importiert. Andere Industrien werden behindert durch fehlende Infrastruktureinrichtungen. Ähnliches, zumal in Verbindung mit der hohen Kriminalität, gilt auch für den lahmen Fremdenverkehr. Die 260 Mill. \$ jährlich könnten verdoppelt werden, wenn Überfälle und Entführungen deutlich abnehmen.

MERCOSUR Turbulenzen

Jede Wirtschaftsgemeinschaft lebt von Kompromissen im Spannungsfeld zwischen dem eigennütigen Streben der Mitgliedsländer und dem gemeinsam verfolgten Wohl aller. Im MERCOSUR scheint es derzeit nicht zu gelingen, solche Kompromisse zu finden.

Beim letzten Halbjahrestreffen brachten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay lediglich eine gemeinsame Erhöhung des Außenzolls für 1998 bis 1999 zustande (aus Sorge, nach der Abwertung vieler Tigerwährungen von Billig-einfuhren aus Südostasien überschwemmt zu werden) sowie den Beschluß, die assoziierten Mitglieder Chile und Bolivien stärker in die Abstimmungsprozeduren einzubeziehen.

Der Versuch, mit Mexiko zu einem Freihandelsabkommen zu gelangen scheiterte am Widerstand Brasiliens, das sich nur dazu herbeiließ, jedem Mitglied freizustellen, individuell auf ein solches Abkommen hinzuarbeiten. Überraschenderweise mißlang auch der Versuch, eine gemeinsame Freihandelszone mit den Andenpaktländern zu schaffen. Das Vorhaben wurde nun auf das Frühjahr 1998 verschoben.

Ungelöst sind die Währungsprobleme der Gemeinschaft, die bisher solche der einzelnen Mitglieder sind. Argentinien, das seinen Peso an den US-Dollar gebunden und seine Geldbasis durch internationale Reserven gesichert hat, empfiehlt den übrigen Mitgliedern das selbe. Der Blick ist dabei insbesondere auf Brasilien, das größte Mitgliedsland, gerichtet, von dessen Währung Gefahren für die ganze Gemeinschaft ausgehen könnten. Der argentinische Vorschlag, Brasilien solle zur Stabilisierung der Gemeinschaft Hilfe vom Internationalen Währungsfonds anfordern (eine Hilfe, die bekanntlich nur gegen strenge Auflagen gewährt wird), wurde vom brasilianischen Präsidenten zurückgewiesen.

Unterhalb der oberen Ebene aber floriert die Zusammenarbeit: im Handel, wo sie ihren Ausgang nahm, zunehmend aber auch bei den Direktinvestitionen. Nach dem Crash in Asien gilt der MERCOSUR heute unbestritten als Wachstumspol der Weltwirtschaft in den nächsten Jahren.

Südostasien

Wettersturz oder Klimawechsel?

Krisen kommen immer zum falschen Zeitpunkt, so auch diejenige in Südostasien, die in Thailand begann und seither Kreise zieht. Indonesien, Malaysia und die Philippinen wurden zuerst in den Strudel gerissen, dann auch die weit bedeutendere Volkswirtschaft Südkoreas. Mit im Boot sitzen Japan, als größter Kapitalgeber der Weltwirtschaft, und China. Die zunächst geäußerte Ansicht, es handle sich um ein regionales Problem, ist inzwischen revidiert worden – zugleich auch die Prognosen für das Weltwirtschaftsjahr 1998.

Von kurzfristigen Anpassungen abgesehen, läuft die Entwicklung in den am stärksten betroffenen Ländern auf eine Verlangsamung der Umsetzung von vielen offenbar zu ehrgeizigen Projekten hinaus (vor allem Infrastrukturprojekte, die nun mal kurzfristig keine große Rendite abwerfen). Der Verzicht fällt schwer, Prestige steht auf dem Spiel, zum Teil auch die Stabilität der politischen Systeme.

Japans Banken werden große Wertberichtigungen ihrer Engagements in der Region vornehmen müssen. Auch die japanische Exportwirtschaft wird in Mitleidenschaft gezogen – und das zu einer Zeit, in der von den Exporten (ähnlich wie in Deutschland) bedeutende Beiträge zur Binnenkonjunktur erwartet werden (die für sich gesehen schwach ist).

Chinas Wirtschaft ist von der Krise zwar nicht so direkt betroffen, wohl aber seine Außenwirtschaft, die sich einem Abwertungswettlauf ihrer wichtigsten Konkurrenten in der Region ausgesetzt sieht, in dem sie selber wohl nur dann bestehen kann, wenn durch eine Abwertung des (nicht konvertiblen) Yuan, die für das Frühjahr erwartet wird, das gestörte Gleichgewicht in etwa wieder hergestellt wird.

Hongkong, als Teil Chinas, wird mitbetroffen. Zwar ist der Hongkong-Dollar (noch) an den US-Dollar gebunden und durch ausreichende Währungsreserven gegen reine Währungsspekulationen gut gesichert, aber er ist, wenn man die Terms of Trade vergleicht, im Hinblick auf den US-Dollar überbewertet und deshalb in eine Zangenbewegung geraten, der er sich vielleicht doch nicht entziehen kann. Die Europäische Union will Hongkong zum 1. Mai (zusammen mit Singapur und Südkorea) aus der Liste der zollbegünstigten Länder streichen, was in der Sache sicherlich angemessen ist, für Hongkong aber in dieser schwierigen Phase ein zusätzliches Problem darstellt.

Der Internationale Währungsfonds trat rasch, wie von ihm erwartet, auf den Plan, leistet seither Feuerwehrdienste und führt die angeschlagenen Finanzsysteme am kurzen Zügel. Auch der zunächst als Konkurrenzeinrichtung gedachte Asienfonds scheint das System der bedingten Hilfe (wie es den IWF kennzeichnet) übernehmen, demnach also nur regionalen Interessen größeres Gewicht verschaffen zu wollen. Unterdessen wird aber auch Kritik am IWF-System laut, das offenbar

krisenhafte Entwicklungen zu spät erkennt bzw. nicht früh genug einschneidende Maßnahmen durchsetzen kann. Das hat zur Folge, daß ein Teil des Geldes aus den Taschen der Steuerzahler der Mitgliedsländer in die Taschen von Spekulanten umgeleitet wird, deren Kalkulationen nicht aufgingen, aber zur Krise insgesamt beitrugen. Die Mitglieder der ASEAN, die 30 Jahre alt wurde, wollen neben einem Dringlichkeitsfonds innerhalb des IWF ein Überwachungssystem im Kreise ihrer Mitglieder einrichten, welches aber naturgemäß nur eine regionale, keine generelle Lösung des Problems darstellen kann.

Das ausgerufene Jahrhundert Asiens steht gleichwohl bevor. Der Asien-Pazifik-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft jedenfalls bleibt – auch angesichts der tiefen Krise – bei seiner Überzeugung: »Das Risiko, nicht in Asien zu sein, ist weit größer als das Risiko, nach Asien zu gehen.«

Japan

Nullwachstum

Im Sommer 1997 hatte die OECD das japanische Wirtschaftswachstum noch auf 2,3 % geschätzt, am Jahresende waren es nur noch (geschätzte) 0,8 %. Doppelt so hoch ist die Inflationsrate, wiederum doppelt so hoch der Einbruch bei den Investitionen (worin aber auch ein Basiseffekt, ein negatives Echo auf die kräftigen Investitionen des Vorjahres, gesehen werden kann). Selbst die korrigierten Werte dürften zu optimistisch sein. Trost bieten allein die Exporte sowie der Umstand, daß die Arbeitslosenquote bei 3,4 % etwa stabil bleibt.

Die Konjunktur insgesamt, nur vordergründig der Crash, belastet die Börsen und die Finanzhäuser. Die zum Teil spektakulären Zusammenbrüche lassen die internationalen Wächter verstärkt darauf drängen, daß mehr Transparenz, insbesondere rechtzeitige Informationen über wesentliche Änderungen geboten werden (eine Einstellung, die den Mentalitäten asiatischer Gesellschaften offenbar besonders fremd ist).

Die aus der Vergangenheit gewohnte aktive Haushaltspolitik wird kaum wieder aufleben, da die hohen Staatsschulden eher einen strikten Sparkurs erwarten lassen, wobei die öffentlichen Investitionen besonders stark schrumpfen dürften. Wenn die asiatischen Währungskrisen (auch noch) die japanischen Exporte stärker gefährden als angenommen, und wenn die Exporterfolge gegenüber den USA und den EU-Staaten die Handelsauseinandersetzungen weiter verschärfen, dann sieht die nächste Zukunft eher düster aus. Selbst die Regierung vermutet den Ausgang des Fiskaljahres 1997/98 (März bis April) inzwischen bei einem realem Nullwachstum.

China

Starre Maske

Die Lage in China ist schwer zu beurteilen, nicht weil das Land so groß und vielfältig ist, sondern weil es an Transparenz und Vergleichbarkeit fehlt und fehlen soll.

Die Statistiken sind nicht verlässlich, die Bewertungen ebenso wenig, nach wie vor ist deshalb die Deutekunst der Auguren gefordert, die denn auch zu beträchtlich anderen Ergebnissen kommen als die staatlichen Stellen – und auch das wiederum mit Riesenunterschieden untereinander.

Offiziell geht es dem Land gut, das Wachstum bleibt nur knapp unter den angestrebten 10 %, die Inflation ist mäßig, zwischen 1 und 2 %, die Arbeitslosigkeit in den Städten wird mit 4 % angegeben, der Umbau der Gesellschaft kommt zügig voran. Die Banken haben kaum notleidende Kredite zu verzeichnen (auch nicht nach dem Crash bei den Nachbarn), die Währungsreserven übersteigen die Auslandsschulden deutlich. Die Erfolge werden nach wie vor mit starrer Maske »produziert«.

Die EU hat die chinesische Wirtschaft als Marktwirtschaft eingestuft. Der Beitritt zur WTO ist näher gerückt, Meistbegünstigung lockt und soll die chinesischen Exporte ankurbeln, die Öffnung der eigenen Märkte dagegen zeitlich strecken. Immerhin ist die Landeswährung nicht konvertibel, gibt es Zölle und nichttarifäre Handelshemmnisse (teils gesetzlicher, teils mehr tatsächlicher Art). Es ist viel Hoffnung auf beiden Seiten der chinesischen Mauer im Spiel.

Nicht zu übersehen sind die beträchtlichen strukturellen Probleme, die traditionsgemäß verschleiert werden. Richtige Banken gibt es nicht, die Kredite der staatlich kontrollierten Institute werden zu 25 bis 40 % als faul eingeschätzt – weit mehr als in den Krisenländern. Die staatlichen Betriebe kennen keine Grundsätze wirtschaftlicher Unternehmensführung, ihre Substanz wird als marode beschrieben (bis auf die Grundstücke), und sie würden in einer Wettbewerbswirtschaft wohl 100 Millionen Arbeitskräfte freisetzen, die der Arbeitsmarkt keineswegs aufnehmen kann – bei derzeit geschätzten 30 Millionen in den Städten und 130 Millionen auf dem Land und einer weiterhin schnell wachsenden Bevölkerung.

Afrika

Südafrika

Abkommen mit der EU in Sicht

Südafrika tritt aus dem weiten Schatten der AKP-Staaten heraus und bemüht sich seit 1996 um den Abschluß eines bilateralen Abkommens mit der Europäischen Union (aus der immerhin schon jetzt Fördermittel in Höhe von etwa 150 Mio. Ecu jährlich ins Land strömen). Das Kooperations- und Entwicklungsabkommen hat gute Chancen, Mitte des Jahres 1998 unterzeichnet zu werden.

Kooperation und Entwicklung stehen in engem Zusammenhang. Das bedeutet, daß die Zusammenarbeit im bilateralen Außenhandel so gestaltet werden soll, daß sie zugleich einer gezielten Entwicklung der südafrikanischen Binnenwirtschaft dient. Konkret folgt daraus, daß zunächst asymmetrische Zollvorschriften und abgestufte Schutzvorschriften für »sensible Bereiche« (insbesondere der Landwirt-

schaft) vereinbart werden dürften. Das Volumen des Außenhandels zwischen Südafrika und der EU betrug 1996 umgerechnet etwa 18 Mrd. DM EU-Ausfuhr und 12 Mrd. DM EU-Einfuhr, wobei die südafrikanischen Exporte doppelt so stark zunahmen wie die Importe.

Europa

Österreich

Umbau für Europa

Der Wettbewerb auf dem Europäischen Binnenmarkt und auf dem Weltmarkt lasten auf der österreichischen Wirtschaft, erzeugen dabei aber offenbar einen heilsamen Anpassungsdruck. Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (Wifo) schätzt, daß heute zwei Drittel der Wirtschaft des Landes international konkurrenzfähig arbeiten – doppelt so viel wie vor 1994. Die Folge ist, daß die Außenwirtschaft (ähnlich wie in Deutschland) die Rolle eines Motors übernommen hat, während die Binnenwirtschaft den raschen Strukturwandel zum Teil erst noch verkraften muß.

Die Exporterfolge beleben inzwischen auch die Nachfrage nach Investitionsgütern, während solche Impulse aus den Branchen, die auf den Binnenmarkt des Landes ausgerichtet sind, sowie aus dem öffentlichen Sektor weitgehend ausbleiben. Die Sparpolitik unter den Forderungen der Konvergenz verlangt den Bürgern Opfer ab, bringt aber auch den angestrebten Erfolg mit sich: Österreich ist ein sicherer Kandidat für die Aufnahme in die EWU. Die Verbraucher lösen unter dem spürbaren Kaufkraftentzug offenbar Sparguthaben auf bzw. verzichten auf die gewohnte Spartätigkeit. Die Arbeitslosenquote ist mit 4,5 % (November 1997) vergleichsweise niedrig.

Türkei

Reformen angekündigt

Angenommen, die Frage der Menschenrechte und die nicht offen angesprochenen Vorbehalte gegen ein islamisches Mitglied in einer christlich geprägten Europäischen Union würden keine Rolle spielen: Wie wäre die auf Mitgliedschaft drängende Türkei aus europäischer Sicht wirtschaftlich zu beurteilen?

Die Zahlen, vor allem die Prozentzahlen, muten geradezu exotisch an: die Inflationsrate von 85 %, das Budgetdefizit von 9,5 % des Bruttoinlandsprodukts, der Anteil des Schuldendienstes am Staatshaushalt von fast 40 %. Kein Wunder also, daß die Regierung durchgreifende Reformen angekündigt hat, und zwar vorzugsweise für den staatlichen Sektor selber, in dem die Probleme erkennbar wurzeln.

Es fehlt an einer leistungsfähigen Verwaltung, insbesondere Finanzverwaltung, die der herrschenden Steuerverweigerungsmentalität großer Teile der Wirtschaft und Bevölkerung offenbar entgegen kommt. Es fehlen ausreichende öffentliche

Einnahmen als Voraussetzung für den Abbau der Neuverschuldung und den Abbau der hohen Staatsschulden. Es fehlt an einer stabilen Währung, die auch dazu beitragen könnte, die hohen Handelsbilanzdefizite (für 1998 sind 21 Mrd. \$ eingeplant) abzubauen.

Die türkische Regierung sagt sich damit selber, was ihr sonst andere sagen würden. Viel Aussicht auf Erfolg allerdings wird dem Programm offenbar nicht beigemessen. Die Verhandlungen mit dem als streng bekannten Internationalen Währungsfonds sind vorläufig geplatzt, und die Minderheitsregierung verfügt über keine tragfähige parlamentarische Basis für durchgreifende Reformen. Eine Inflationsrate von 3 %, wie sie für das Ende des Jahrtausends geplant ist, ist ein hehres Ziel, der Weg dorthin allerdings schlechterdings nicht erkennbar.

Ein Standardwerk neu vorgestellt

Der praktische Zollhelfer

Bearbeitet von Diplom-Finanzwirt Heinrich Becker, Bonn. Deutscher Wirtschaftsdienst, Köln. Loseblattwerk in 2 Ordnern. Ca. 1100 Seiten und 80 Musterformulare. 148 DM (zur Fortsetzung). ISBN 3 87156 006 5.

Solange es Grenzen gibt und solange Waren und Dienstleistungen diese Grenzen in beiden Richtungen überschreiten, solange wird das Thema Zoll in all seinen Aspekten aktuell bleiben. Die Grenzabgabe, der eigentliche Zoll, ist dabei oft das kleinste Problem. Ein größeres Problem stellen die vielfältigen Vorschriften dar, die zu beachten sind, wenn man nicht Nachteile erleiden oder sogar Bußgelder zahlen will. Und nicht zu vergessen: die ganz eigene Begriffswelt dieser traditionsreichen fiskalischen Praxis, die selbst Kenner immer wieder zu einem verlässlichen Nachschlagewerk greifen läßt.

Dieses Nachschlagewerk ist »Der praktische Zollhelfer«. Es bringt den Zollkodex, dazu andere Bestimmungen, Verwaltungsanordnungen und Gerichtsurteile auf den Begriff. Die etwa 1000 alphabetisch geordneten Beiträge erschließen die Materie in einer Weise, die den Wünschen der Praxis entgegen kommt: prägnant, konzentriert und rasch auffindbar. Die Form der Loseblattsammlung schafft die Voraussetzung für permanente Aktualisierungen in einem Feld, in dem sich niemand veraltete Informationen leisten kann.

Wo der Fiskus aktiv ist, taucht ein weiteres Phänomen auf: Formulare, neben deutschen auch solche der EU. Die 80 wichtigsten in jeweils aktuellen Ausgaben sind – überwiegend als Originale – in einem zweiten Ordner gesammelt. Sie erlauben die Vorbereitung auf reibungslos durchlaufende Verwaltungsakte.

»Der praktische Zollhelfer« ist empfehlenswert für Produzenten und Händler, die grenzüberschreitend tätig sind, dazu für Spediteure, Banken und Versicherungen, die mit solchen Unternehmen zusammenarbeiten, ferner für Berater und Verbände, sogar für die Zollämter selber. Er macht es Anfängern leicht,

sich in die komplizierte Materie einzuarbeiten, und gibt auch erfahrenen Nutzern immer wieder die notwendige Sicherheit in einem Gebiet, das permanentem Wandel unterliegt.

Erstdruck in: Außenwirtschaftsbrief 1/98. Informationen für das erfolgreiche Auslandsgeschäft. Für den Inhalt verantwortlich: Günther Flemming. Köln, Februar 1998: Deutscher Wirtschaftsdienst.